

V-16-015: Demokratiebildung an Schulen stärken – Eine mündige Gesellschaft braucht politische Bildung

Antragsteller*innen Sybille Volkholz (KV Berlin-Mitte)

In Zeile 15:

- 1. Demokratiebildung entfristen: Demokratieförderung nicht von Haushaltsslage abhängig machen**
- 2. Externe Anbieter sind für die politische Bildung von großer Bedeutung**

Begründung

Bei der Demokratiebildung müssen die Inhalte im Vordergrund stehen. Deshalb gehören die Rahmenpläne an die 1. Stelle und die Einbeziehung externer Anbieter an die 2. Zudem soll die kontinuierliche Finanzierung zwar im Text erscheinen, aber nicht in der Überschrift. Sie ist nicht das Ziel der Demokratiebildung. Im Mittelpunkt der Bildung müssen die Schülerinnen und Schüler stehen.

Unterstützer*innen

Dirk Jordan (KV Berlin-Kreisfrei), Susanne von Below (KV Berlin-Kreisfrei), Jörg Freese (KV Berlin-Kreisfrei), Pit Rulff (KV Berlin-Kreisfrei), Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei), Ulrich Oberdieck (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Ute Reitz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)